

Dokumentation

# Pannen Pleiten Peinlichkeiten

Die Chronologie schwarz-gelber Regierungspolitik

1. Auflage  
2005-2007



## Juni 2005

### Spitzenkandidat Wolf wird kein stellvertretender Ministerpräsident

Im Landeskabinett des neuen CDU-Ministerpräsidenten Jürgen Rüttgers wird der liberale Spitzenkandidat Ingo Wolf von der Nummer 1 zurückgesetzt, da die FDP ihm offensichtlich das Amt des stellvertretenden Ministerpräsidenten nicht zutraut. Hinzu kommt, dass eine Diäten- und Pensionsaffäre ‚Florida-Wolf‘ mit 220.000 Euro Jahreslär als bestverdienenden Landespolitiker bloßstellte.



## Juli 2005

### Mit dem Transrapid nach Amsterdam?

Minister Wittke kündigt an, NRW werde Bundesfördermittel zum Bau einer Transrapidstrecke zwischen der Rhein-Ruhr-Region und Amsterdam beantragen und stellt dieses Projekt in Konkurrenz zum bayrischen Transrapidprojekt. Konkrete Maßnahmen werden nicht ergriffen. Auch muss Wittke seine Äußerung zurückziehen, zwischen Amsterdam und Düsseldorf gebe es noch keine ICE-Verbindung. Werktäglich gibt es sechs Verbindungen mit dem neuen ICE 3 in die niederländische Metropole.

## Schwul oder lesbisch sein darf keine Pflicht werden

Schulministerin Sommer zieht laut ‚Bild‘ ein Handbuch der Vorgängerregierung für Pädagogen zum Thema Gleichgeschlechtlichkeit zurück. Begründung des Pressesprechers: „Wir dürfen unseren Kindern nicht das Gefühl geben, dass schwul oder lesbisch sein bald zur Pflicht wird.“

## September 2005

### „Ich kann auch mit Doofen“

Am 1. September 2005 erscheint in der Wochenzeitung ‚Die Zeit‘ ein mehrseitiger Bericht über Bau- und Verkehrsminister Oliver Wittke. Auf die Frage, wie es ihm gelinge, sich immer gleich begeistert zu geben, egal wo, egal welchen Leuten er sich zuwenden müsse, sagt er: „Ich kann auch mit Doofen.“ Kurze Zeit später muss Wittkes Pressesprecher seinen Posten räumen.

### Rüttgers‘ neue Spitzenbeamten

Ministerpräsident Rüttgers erklärt, dass mindestens 100 neue, hoch dotierte Stellen nötig sind, um regieren zu können. Presseberichten zufolge werden ausschließlich verdiente Parteifreunde auf hoch bezahlte Positionen gehievt. Die schwarz-gelbe Koalition und insbesondere der Ministerpräsident waren mit der Ankündigung angetreten, pro Jahr 1,5 Prozent des Personals in der Landesverwaltung abzubauen.

## Wo ist Sommer im Spätsommer?

Das fragten sich Staatssekretär, Fahrer und diverse Mitarbeiter und suchten stundenlang im gesamten Schulministerium nach der Ministerin. Grund für das Verschwinden: „Ich musste mal schnell besprechen, wo wir den Weihnachtsbaum aufstellen“, steht im Spiegel vom 12.09.2005.



## Finanzminister legt verfassungswidrigen Haushalt vor

Der Nachtragshaushalt 2005 - der erste Haushalt der schwarz-gelben Landesregierung - überschreitet die Verfassungsgrenze um 1.425,1 Millionen Euro. Die einzige Rechtsbegründung für eine solche Überschreitung wäre die Ausrufung ‚der Störung eines gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts‘ gewesen, die aber vom Landtag nicht festgestellt wird. Am 24.04.2007 erklärt der

Verfassungsgerichtshof NRW die Aufstellung des Nachtragshaushalts 2005 für verfassungswidrig. Die Begründung der Koalition, ein verfassungskonformer Haushalt wäre eine ‚objektive Unmöglichkeit‘ gewesen, wird als Begründung nicht anerkannt.

## Laumanns Job-Programm - Arbeitsminister stellt zwölf neue „Vertraute“ ein

Minister Laumann stellt insgesamt zwölf Mitarbeiter seines Vertrauens ein. Vier Stellen davon werden komplett neu geschaffen. Die acht weiteren Minister-Stellen müssen durch Stellenstreichungen in entsprechender Höhe im nachgeordneten Dienstbereich gegenfinanziert werden.

## Zwergschulen in NRW brauchen Retter Rüttgers nicht

Ministerpräsident Rüttgers erklärt im Landtag und in einer Pressekonferenz, dass ein massenhaftes Sterben kleiner Grundschulen in Nordrhein-Westfalen drohe, da sie die vorgeschriebenen Schülerzahlen unterschreiten würden. Er werde diese Zwergschulen retten. Ein Blick ins Schulgesetz macht aber deutlich, dass Rüttgers schlicht mit falschen Zahlen operiert. Schulrechtlich sind kleine Grundschulen sehr wohl erlaubt und dementsprechend Praxis, um ein wohnortnahes Schulangebot vorzuhalten.

## Wolfs Geisterfahrer

Nachdem Innenminister Wolf sich öffentlich dafür einsetzt, Autofahrern an Stauenden das Wenden auf der Autobahn zu ermöglichen, meldet die Polizei mehr als 20 Pkw-Lenker, die auf eigene Faust kehrtmachen. Der ADAC spricht von „mangelnder



Eindeutigkeit“ und beanstandet, Wolf präsentiere alte Hüte. Werden die Wartezeiten zu lang, erlaubt die Polizei den Autofahrern schon jetzt, unter ihrer Aufsicht zur letzten Ausfahrt zurückzufahren

## Oktober 2005

### PKW-Maut - Wittke der Ankündigungsminister

In mehreren Interviews im Vorfeld der Verkehrsminister-Konferenz verkündet Wittke, NRW werde sich wie Niedersachsen gegen die Pkw-Maut aussprechen. In der Abstimmung votiert Niedersachsen dann mit Nein, aber NRW enthält sich der Stimme.



### Ministerpräsident bestellt sich eine Image-Kampagne

Im Etat des Ministerpräsidenten findet sich eine von der Staatskanzlei geplante Imagekampagne. Zunächst werden die Berichte

sowohl von Bundesratsminister Breuer als auch vom Regierungssprecher im Hauptausschuss des Landtags als falsch dargestellt. Dem Nachrichtenmagazin Focus liegt kurze Zeit später ein Dokument vor, wonach die Staatskanzlei doch eine Image-Kampagne für Ministerpräsident Rüttgers plant, um das Bild des „heimwerkenden Biedermanns“ zu kaschieren. Darin heißt es wörtlich: „In einem extrem durchgestylten, betont würdevollen hochprotokollarischen Rahmen, der das erste Staatsamt im Land unterstreicht, können gezielt Durchbrüche für Bürgernähe und den direkten, ungezwungenen Kontakt zwischen Ministerpräsident und einzelnen Menschen zugelassen werden.“

## **Schulministerin Sommer droht LSV**

CDU-Schulministerin Sommer droht der LandesschülerInnenvertretung, dass sie keine Publikation unterstützen werde, die sich kritisch mit der Schulpolitik der CDU/FDP-Regierung befasst. Dabei geht es vor allem um die Broschüre „Mehr als Schule“, die seit Jahren gemeinsam von LSV und Schulministerium veröffentlicht wird, und Schülervvertretungen ermutigt, sich ihres gesamten Auftrags zu vergewissern und sich aktiv an der inneren Schulentwicklung ihrer Schule zu beteiligen.

## **„Ohnmächtiger“ Rüttgers bei Berliner Koalitionsverhandlungen**

Ministerpräsident Rüttgers sitzt als stellvertretender CDU-Bundesvorsitzender bei den Koalitionsverhandlungen von SPD und CDU in Berlin mit am Tisch. Offensichtlich wegen seiner eigenen politischen Ohnmacht schickt er u. a. den designierten SPD-Ministern Müntefering, Schmidt und Steinbrück einen Brief mit der Bitte, sie mögen sich doch bitte bei den Verhandlungen für die NRW-Interessen einsetzen.

## November 2005

### Minister Uhlenberg weigert sich, im Ekelfleischskandal schwarze Schafe zu benennen

Landwirtschaftsminister Uhlenberg weigert sich, im Ekelfleischskandal die verfügbaren Informationen über Lieferanten, Weiterverarbeiter, Produkte und Produktbezeichnungen zur Verfügung zu stellen. Er rät verunsicherten Verbraucherinnen und Verbrauchern, „Geflügelfleisch immer gut durchzubraten, um Keime und Salmonellen abzutöten“.

## Dezember 2005

### Innenminister Wolf wildert in fremden Revieren

Nach einem Wohnhausbrand in Köln kündigt Innenminister Wolf an, die Regierung werde den Einbau von Rauchmeldern zwingend



vorschreiben. Wittke, zuständig für Baurecht, kontert den Vorstoß seines Kollegen und lehnt im Kabinett den Einbau von Rauchmeldern ab. ‚Die Glocke‘ titelt: „Land startet Informationskampagne - Rauchmelder in NRW werden nicht zur Pflicht“.

## Januar 2006



### Personaltricks in Rüttgers' Staatskanzlei

Der Personalrat in der nordrhein-westfälischen Staatskanzlei erhebt schwere Vorwürfe zu erkennbaren ‚Personaltricks‘. Die 26 neuen Mitarbeiter im Umfeld von Ministerpräsident Rüttgers haben unbefristete Arbeitsverträge erhalten, obwohl die Stellen selbst mit KW-Vermerken (künftig wegfallend) versehen sind.

## Februar 2006

### Verbotene Vermischung von Partei- und Regierungsarbeit

Nach einem Bericht des Nachrichtenmagazins ‚Focus‘ gibt es eine verbotene Vermischung von Partei- und Regierungsarbeit in der Staatskanzlei. Der für die Regierungsplanung zuständige Abteilungsleiter Berger hat danach monatelang einen Dienstwagen genutzt, den die CDU bezahlt hat.

## April 2006

### Ministerpräsident Rüttgers will keine Empfehlung für die Gesamtschule

Auf Wunsch des Ministerpräsidenten soll in der geplanten Ausbildungsordnung für die Grundschule der ausdrückliche Zusatz, dass die Gesamtschulen als Alternative zu anderen Schulformen von den Eltern gewählt werden kann, gestrichen werden. Erst als dies öffentlich wird, rudert die Landesregierung zurück.

## Mai 2006

### Staatskanzlei manipuliert Bild-Bericht - der Pfeil geht nach hinten los

Bei der Zusammenstellung der täglichen Presseschau in der Staatskanzlei gibt es eine Manipulation an einem Bericht der Bild-Zeitung, in dem die Leistungen von Ministerpräsident Rüttgers und Arbeitsminister Laumann nicht mit einem Pfeil nach oben bewer-

tet werden. In der Presseschau, die vom Presse- und Informationsamt der Landesregierung herausgegeben wird, tauchen steil nach oben zielende Pfeile auf.

# BASTELBOGEN

*Bewerten Sie Ihre Landesregierung!*

**Schnippeln wie die Staatskanzlei**



Bitte vorsichtig ausschneiden!



## Bußgeld für Schulschwänzer ist keine Lösung

Die CDU kündigt an, ein Bußgeld für so genannte „Schulschwänzer“ im Schulgesetz zu verankern, das am 1. August 2006 in Kraft tritt. Bereits am 7.9.2006 fordert der FDP-Fraktionschef Papke in einem Artikel der ‚Bild-Zeitung‘, das Bußgeld von 50 Euro für Schulschwänzer wieder abzuschaffen. Begründung: Die Zahl der Schulschwänzer ist seit der Einführung des Bußgeldes nicht gesunken.

## Wittke klebt Panini-Bilder während Hartz IV-Debatte



Während im Landtag die Abgeordneten über den Arbeitsmarkt debattieren, klebt Bauminister Wittke auf der Regierungsbank Panini-Bilder in sein WM-Album. Gefragt, ob er nicht ein schlechtes Gewissen gegenüber den Arbeitslosen habe, rechtfertigt sich Wittke damit, dass für Hartz IV der Arbeits- und nicht der Bauminister zuständig sei.

# Juni 2006

## Unser kleiner Reformier

Angesprochen auf Ministerpräsident Rüttgers (CDU) wird Bundeskanzlerin Merkel (CDU) nur noch ironisch. „Unseren kleinen Reformier aus Düsseldorf“ nennt sie ihn laut ‚Focus‘ inzwischen.

## „Staus gibt es nicht mehr“

Minister Wittke kündigt an, dass er ohne Rücksicht auf die Umwelt mit 600 Projekten rigoros gegen Staus vorgehen werde („Staus gibt es nicht mehr“). „Tut mit leid“, sagt er später. „Ich habe nie behauptet, dass NRW irgendwann staufrei wird.“ Das hätten nur die Hessen versprochen, für das Jahr 2015.



## **Juli 2006**

### **Personelle Veränderungen in der Staatskanzlei**

Im Windschatten der Sommerferien wechselt Rüttgers den Chef der Staatskanzlei Hans-Heinrich Grosse-Brockhoff aus und entlässt den Regierungssprecher und Medienstaatssekretärs Thomas Kemper. Dabei wird ein neuer Staatssekretärposten geschaffen. Das allein kostet das Land und damit dem Steuerzahler 1,4 Millionen Euro in der laufenden Legislaturperiode.

### **Land bringt Häuslebauer in Not – keine Eigentumswohnung für Lidl-Verkäuferin**

In den 1990er Jahren wurden Familien von der Landesbank NRW mit kostengünstigen Krediten zum Bauen bewegt. Nun werden die Konditionen überraschend geändert und die Betroffenen müssen sechs Prozent Zinsen zahlen. Minister Wittke, der in Düsseldorf für den Wohnungsbau zuständig ist, hatte ein Jahr vorher Gespräche mit der landeseigenen NRW-Bank geführt, damit sich „auch eine Lidl-Verkäuferin von ihrem Gehalt eine Eigentumswohnung leisten kann“.

## **August 2006**

### **Ministerpräsident Rüttgers rettet ein Kind – was ist mit den übrigen 6.999 Menschen?**

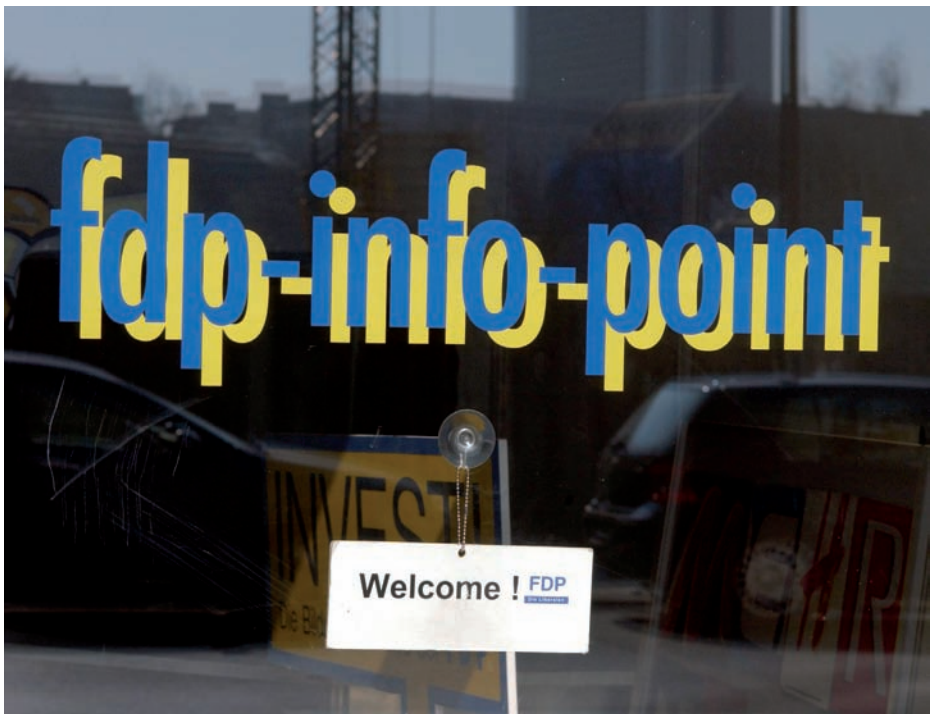
Ministerpräsident Rüttgers bittet Innenminister Wolf, die Abschiebung des kleinen Edijan Idic zu stoppen, den er anlässlich seiner Einschulung an einer Düsseldorfer Grundschule kennen gelernt

hat. Laut den Zahlen des Innenministers müssen in Nordrhein-Westfalen bis zu 7000 Frauen, Männer und Kinder fürchten, von einem auf den nächsten Tag abgeschoben zu werden.

## September 2006

### Rüttgers will kein Denglisch mehr

Ministerpräsident Rüttgers drängt sein Kabinett, künftig nur noch ‚richtiges Deutsch‘ zu verwenden und keine Mischung aus deutschen Begriffen mit englischen Marketing-Wortschöpfungen. Danach verschickt die Staatskanzlei eine Einladung zur Vorstellung des neuen Regierungssprechers, in der zum ‚Come together‘ gebeten wird.



## Der Fall Baganz

Laut einem Bericht des Nachrichtenmagazins Focus hat Wirtschaftsstaatssekretär Jens Baganz einen Beratungsauftrag ohne Ausschreibung an einen früheren Geschäftspartner vergeben. Bereits als Oberbürgermeister von Mülheim musste er zurücktreten, weil er seiner jetzigen Lebensgefährtin Aufträge ohne Ausschreibung zugesprochen hatte. Ministerin Thoben bezeichnet Baganz Verhalten als eine politische Fehleinschätzung.

## Kohle-Springprozession von Ministerin Thoben

Bei der Debatte um die Zukunft der Kohle und einen RAG-Börsengang vollführt Wirtschaftsministerin Thoben eine Springprozession. In der Rheinischen Post (14.03.2006) stellt sie den RAG-Börsengang infrage und bevorzugt den Verkauf der Einzelteile des Unternehmens. Im Wirtschaftsausschuss am 24.08.2006 erklärt sie dann: „Ich stelle den Börsengang nicht infrage, ich stelle nur Fragen.“ Am 07.09.2006 in der Süddeutschen Zeitung zweifelt sie dann wieder am Börsengang. Der „ingesprungene Thoben“ folgt dann am 22.09.2006 in der WZ, als sie plötzlich eine Beteiligung des Landes von 25 oder 20 Prozent an den Aktien des Konzerns ins Gespräch bringt.

## Oktober 2006

### Aktuelle Fragestunde zum Flick-Verfahren

Finanzminister und Steuerbehörden tragen auch die Verantwortung für die Einhaltung von Fristen. Durch Versäumnisse kommt es zu einer Verjährung von Steuerforderungen an den Industriellen Friedrich-Karl Flick. 70 Millionen Euro entgehen dem Fiskus.

## **November 2006**

### **Laumann-Ministerium schickt Erpresserbrief an Regionalagentur**

Laumanns Arbeitsministerium schickt der Regionalagentur in Aachen einen Brief, in dem die Entlassung des Leiters der Regionalagentur Aachen gefordert wird. Hintergrund des Schreibens ist die Kritik des Leiters der Regionalagentur Aachen an den massiven Kürzungen des Arbeitsministers an Arbeitsmarktprogrammen, die aus dem Europäischen Sozialfonds (ESF) finanziert werden.

### **Regierungssprecher warnt vor dem Zuzug von SPD-Wählern**

Regierungssprecher Krautscheid ist auch CDU-Vorsitzender im Rhein-Sieg-Kreis. Dort warnt er die Parteifreunde in einer Versammlung davor, neues Bauland auszuweisen, weil Zugezogene die CDU-Mehrheit im Rat gefährden können. Zu dem Umstand, dass er an dem Veranstaltungstag in der Staatskanzlei krank gemeldet ist, schweigt er.

## **Dezember 2006**

### **Machtkämpfe in der Staatskanzlei**

Die internen Streitigkeiten, Indiskretionen und Mobbingaktionen („Rüttgers wird immer mehr zu einem Vorgesetzten, der Angst und Schrecken verbreitet“, „menschenverachtender Umgang“ und „Wutausbrüche des Cholerikers“ berichtet die Welt) häufen sich.

Der Chef vom Dienst im Landespresseamt (der ehemals „engste politische Vertraute“ des Ministerpräsidenten) ist der Verlierer unter den Chefstrategen und muss gehen. Im Landtag ist die Rede von „Kim Jong Rü“ in Anspielung auf den nordkoreanischen Diktator Kim Jong Il.

## Tritt Adenauer aus?

Obwohl bereits vor Jahren Prüfungen ergeben haben, dass Reiterstaffeln unwirtschaftlich sind und für das gleiche Geld mehr Polizisten eingestellt werden können, beschließt die schwarz-gelbe Koalition ihre Wiedereinführung. Auf dem Wittener Weihnachtsmarkt - das ist ein Einsatzort für solche Staffeln - tritt ein Pferd aus und verbeult ein Auto. Der Name des Wallachs: Adenauer.



## Müller-Piepenkötter ist wenigstens geschäftstüchtig

Eine Verquickung von politischem Amt mit privater Autorenschaft verbietet sich. Nur nicht bei Justizministerin Müller-Piepenkötter. Sie veröffentlicht einen Rechtsberater zum Autokauf, inklusive eigenem Amtstitel um dem Taschenbuch einen halb amtlichen Status zukommen zu lassen.

## Wittke reduziert die neun Organisationen des Nahverkehrs auf zwölf

Nachdem Verkehrsminister Wittke monatelang erklärt hatte, die Anzahl der neun Verkehrsverbände müsse deutlich reduziert wer-

den, legt die schwarz-gelbe Landesregierung ein Modell zur Neuorganisation des Nahverkehrs in Nordrhein-Westfalen vor. Es sieht neben den neun Verkehrsverbänden noch drei zusätzliche Kooperationsräume vor.

## Januar 2007

### Der Strukturwandel ist beendet

Wirtschaftsministerin Thoben erklärt öffentlich, der Strukturwandel der nordrhein-westfälischen Wirtschaft sei bald beendet. Diese Auffassung teilt der Ministerpräsident auf Nachfrage nicht.

## Februar 2007

### Das Hü und Hott in der Windenergie

In den USA verkündet Ministerpräsident Rüttgers, dass NRW beim Klimaschutz eine Vorbildrolle habe und betont die Förderung der Windkraft. Daheim wird das REN-Programm für erneuerbare Energien gekürzt

und der Ausbau der Windkraft gestoppt, da der Verspargelung und Verschandelung der Landschaft Einhalt geboten werden müsse – wie es schon im CDU-Wahlkampf hieß.



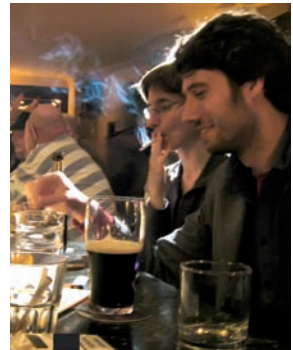
## März 2007

### Umweltministerium redet PFT-Gefahren klein

Minister Uhlenberg präsentiert eine Studie zu PFT-Verbindungen im Blut bei einer Arnberger Untersuchungsgruppe. Sie zeigt eine fünf- bis achtfach höhere Belastung bei den untersuchten Personen. Uhlenberg bezeichnet diese Ergebnisse zwar als bedauerlich, die Verursacher werden dennoch nicht zur Verantwortung gezogen.

### Rüttgers verspricht Eckkneipen Rauchsonderregelung

Ministerpräsident Rüttgers kündigt für Eckkneipen Ausnahmen von einem generellen Rauchverbot an. Im Gesetzentwurf von Gesundheitsminister Laumann gibt es keine Ausnahme, da eine klare Regelung unmöglich ist und ein bürokratisches Monster an Überprüfung und Kontrolle in den Kommunen nötig wäre.



## April 2007

### 150.000 Stunden Unterrichtsausfall durch Sprachtests

Schulministerin Sommer führt die Sprachtests im Hauruckverfahren durch. Eine viel zu hohe Fehlerquote, ein unausgereiftes Testverfahren, verspätete Informationen und der Ausfall von rund 150.000 Unterrichtsstunden sind das Ergebnis.

## Keine Blumen und Brötchen am Ostersonntag



Das neue Ladenöffnungsgesetz der schwarz-gelben Landesregierung verbietet den Bäckereien und Blumengeschäften, ihre Waren an Oster- und Pfingstsonntag sowie dem 1. Weihnachtstag zu verkaufen. Am Ostersonntag stehen erstmals viele Kundinnen und Kunden vor verschlossenen Türen. Die Umsätze bei Bäckereien und Blumengeschäften brechen ein.

## Skandalöser Auftritt des Staatssekretärs Winands

Staatssekretär Winands missbraucht den Schulausschuss des nordrhein-westfälischen Landtags für eine öffentliche Inszenierung eines Konfliktes mit der Vorsitzenden der Grünen-Fraktion, während die Schulministerin Barbara Sommer schweigend daneben sitzt. Winands überschreitet seine Befugnisse im Umgang mit Abgeordneten und dem Parlament entschieden und nimmt sich Rechte raus, die ihm parlamentarisch nicht zu stehen.

## Ombudsmann der Justizministerin tritt nicht Amt sondern Urlaub an

Der neue Ombudsmann für den nordrhein-westfälischen Strafvollzug tritt entgegen seiner Ankündigung nicht sein Amt, sondern erst einmal seinen Urlaub an. Das Justizministerium ist ratlos und weiß nicht, warum tagelang niemand im Büro des Ombudsmanns zu erreichen ist.

## **Mai 2007**

### **Minister Uhlenberg lenkt von seiner Verantwortung bei australischen Giftmülltransporten ab**

Minister Uhlenberg schiebt seit Bekanntwerden der geplanten Giftmülltransporte aus Australien rechtliche Fragen vor und weigert sich, Verantwortung zu übernehmen. Zunächst streitet der Minister alle Landeskompetenzen ab, dann hat er angeblich keinen Ermessungsspielraum bei der Genehmigung von Sondermüllimporten aus Australien.

### **Agent Mauss und das Call-Center Linssen**

Mit Verweis auf das Steuergeheimnis verweigert Finanzminister Linssen jede Auskunft in der Steuersache Werner Mauss. Der CDU-Fraktionsvize im Bundestag Wolfgang Bosbach hatte ihn angerufen, um einen persönlichen Kontakt zu EX-Spion Mauss zu vermitteln. Der fürchtet eine Betriebsprüfung durch das Finanzamt Essen. Minister Linssen ist behilflich und erklärt später im Ausschuss, jede Bürgerin und jeder Bürger könne ihn gern in Steuerfragen anrufen – Call-Center Linssen.

## **Juni 2007**

### **Minister Pinkwart wird von seiner vermeintlichen Freiheit eingeholt**

Eine Rücktrittsforderung des Ministers Pinkwart an die Paderborner Hochschulrätin Gertrud Höhler wegen der Vermietung von Räumen an einen NPD-Abgeordneten bleibt folgenlos. Der Minis-

ter hatte Frau Höhler erst zwei Wochen vorher auf der Grundlage des neuen Hochschulfreiheitsgesetzes in den Hochschulrat ernannt. Fünf Jahre kann sie nun dem Beirat angehören, der als eine Art Aufsichtsrat der Universität agiert, ohne Rechenschaft abgeben zu müssen.

## Uhlenbergs schlanke Strukturen

Umweltminister Uhlenberg hatte schlanke Strukturen für seine Behörde angekündigt, zumal die Vorgängerregierung in diesem Haus angeblich den Wasserkopf aufgebläht habe. Am Ende der Umstrukturierungen arbeiten in Uhlenbergs Chefetage 26 Personen. Die Vorgängerin hatte zehn Mitarbeiter.

## Juli 2007

### Rüttgers auf der Sonnenseite

Die Westdeutsche Zeitung nimmt den Rechenschieber zur Hand und kommt auf mindestens acht Wochen Urlaub im Jahr, die Mi-



nisterpräsident Rüttgers in der Regel in seinem Ferienhaus an der Cote d'Azur in Frankreich verbringt. Damit hat er mehr Ferien als seine Amtskollegen in den anderen Bundesländern.

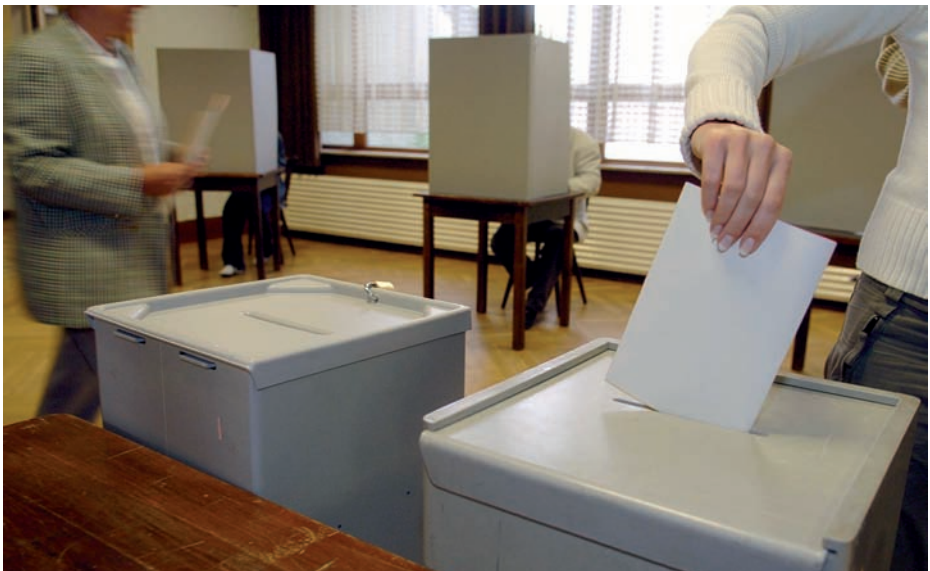
# August 2007

## Samstag statt Ganztag

Die Verdichtung der Unterrichtszeit am Gymnasium führt zu enormen Protesten der Eltern. Anstatt die Städte und Gemeinden beim weiteren Ausbau des Ganztags zu unterstützen, gibt Schulministerin Sommer den Samstag generell für den Unterricht frei.

## Schwarz-gelbe Trickserei bei Wahlterminen

Laut einem WAZ-Bericht wollen CDU und FDP beim Termin der Bundestags- und Kommunalwahl 2009 tricksen und die Wahlen voneinander trennen. 14 Millionen Wahlberechtigten sollen zweimal in wenigen Wochen wählen gehen. Das trifft Tausende von Ehrenamtlichen, die in den Städten und Gemeinden für den reibungslosen Ablauf von Wahlen sorgen. Der Steuerzahlerbund schätzt zusätzliche Kosten in Höhe von 42 Millionen Euro.



## Noten beim Zentralabitur an Gesamtschulen und Gymnasien gleich – nur bei Sommer nicht

Die Ergebnisse des ersten Zentralabiturs in Nordrhein-Westfalen belegen, dass die Noten von Schülerinnen und Schülern an Gymnasien und an den Gesamtschulen faktisch gleich sind. Der Notendurchschnitt an den Gymnasien liegt bei 2,6, der an den Gesamtschulen bei 2,86. Schulministerin Sommer sieht allerdings ein „schlechteres Abschneiden“.

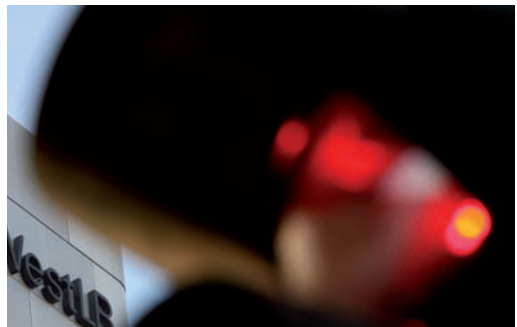
## Verfassungsschutz führt Schwerkriminelle

Ein V-Mann des Verfassungsschutzes in der rechtsextremen Szene ist in Drogengeschäfte mit einem wegen versuchter schwerer räuberischer Erpressung in Tateinheit mit gefährlicher Körperverletzung zu acht Jahren Freiheitsstrafe Verurteilten verwickelt. Dem Innenminister wird vorgeworfen, der ihm unterstellte Verfassungsschutz habe versucht, die Strafverfolgung zu vereiteln.

## September 2007

### Privatbank berät Landesregierung bei WestLB-Anteilen

Das Finanzministerium beauftragt die Citigroup, einen Vertreter der konkurrierenden privaten Säule des Bankensystems, die Landesregierung bei der Diskussion über die Zukunft ihrer WestLB-Anteile zu beraten, anstatt auf den Sach- und Fachverband der nordrhein-westfälischen Sparkassenverbände oder aus dem Ministerium zurückzugreifen.



## Landesregierung inszeniert Kinderforum

Für mehr als 140.000 Euro inszeniert das Generationenministerium ein Kinderforum mit dem Titel „Rückenwind für jedes Kind“. Es stellt sich heraus, dass dafür der Sohn des Pressesprechers des Schulministeriums als Kindermoderator mit bestellten Fragen eingesetzt und mit 100 Euro bezahlt wurde. Im Ausschuss spricht die Landesregierung von einem „ganz normalen Vorgang“.

## Redenschreiber-Affäre in der Staatskanzlei

In den Medien wird ein Redenschreiber von Ministerpräsident Rüttgers als Autor von Schmähartikeln gegen Baden-Württembergs Ministerpräsident Oettinger und Bundeskanzlerin Merkel in der „bw-woche“ enttarnt. Es stellt sich heraus, dass insgesamt 44 Mitarbeiter der Staatskanzlei Nebentätigkeiten nachgehen, vier davon publizistischer Art.

## Rüttgers nicht informiert

Das Problem war nicht, dass Innenminister Wolf einem anonymen Hinweis nachgehen musste, demnach einen enge Mitarbeiterin von Minister Laschet angeblich für einen ausländischen Geheimdienst tätig sein sollte. Bei der Überprüfung erwiesen sich die Vorwürfe als unhaltbar. Doch keiner hatte Ministerpräsident Rüttgers über den Hinweis informiert. Vor allem nicht Minister Laschet, der wegen seines KiBiz-Debakels massiv in der Kritik stand. Der Ministerpräsident fiel nach der Wiederkehr aus Südfrankreich - diesmal der Herbsturlaub - aus allen Wolken, als die Schlagzeile über die Informationspanne des Integrationsministers in der Presse die Runde machten.

# Oktober 2007

## Wittkes' Riesen-Lastwagen stecken in der Sackgasse

Verkehrminister Wittke steckt mit seinen Riesen-Lastwagen endgültig in der Sackgasse. Die Verkehrsministerkonferenz einigt sich darauf, eine allgemeine Zulassung von Gigalinern nicht zu empfehlen, weil ihr Einsatz das Verkehrssicherheitsrisiko erhöht. Damit haben die anderen Verkehrsminister, insbesondere Bundesminister Tiefensee, Wittkes Riesen-Lastwagen gestoppt.

## Psychotherapeutenkammer hat einen guten Namen

Beim schwarz-gelben Heilberufegesetz reitet der Amtsschimmel im Galopp. Gesundheitsminister Laumann will die Psychotherapeutenkammer in ‚Kammer für psychologische Psychotherapeuten und Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten‘ umbenennen. Die Kritik der Experten legt offen: Die Umbenennung würde rund 65.000 Euro kosten.

## CDU/FDP-Koalition missbraucht ihre Mehrheit

Erstmals in der Geschichte Nordrhein-Westfalens verschieben die Fraktionen von CDU und FDP im Düsseldorfer Landtag mit ihrer parlamentarische Mehrheit, entgegen der Entscheidung der Landtagspräsidentin, eine von den Oppositionsfraktionen beantragte Aktuelle Stunde zum Thema ‚Kinderforum‘ von Platz zwei der Tagesordnung an das Ende auf den späten Nachmittag. Zur Begründung der Verschiebung werden inhaltliche Bewertungen des Themas der Aktuellen Stunde herangezogen. Bei der Aktuellen Stunde selbst schweigen die Abgeordneten der Koalition.

## **Personalratsvorsitzender der Staatskanzlei tritt zurück**

Nach siebeneinhalbjähriger Tätigkeit tritt der Personalratsvorsitzende der rund 400 Bediensteten in der Staatskanzlei zurück. Begründung: Er habe Personalvertretung immer als kritisches und konstruktives mitgestaltendes Element verstanden. Das neue schwarz-gelbe Landespersonalvertretungsgesetz erlaube es nicht, die alltägliche Arbeit nach diesem Verständnis umzusetzen.

## **Amigo-Schacher von Wittke scheitert**

Minister Wittke versucht einen Duzfreund aus Studien- und Gelsenkirchener Zeiten auf den Geschäftsführerposten der landeseigenen Wohnungsbauförderungsanstalt zu hieven. Erst als der Bewerber die Westdeutsche Allgemeine Zeitung mit dem antisemitischen Nazi-Hetzblatt ‚Der Stürmer‘ vergleicht, zieht Wittke seinen Vorschlag zurück.

## **Amigo-Affäre im Innenministerium?**

Obwohl bei FDP-Innenminister Wolf rund 100 Stellen eingespart werden sollen wird die Leitung der Projektgruppe ‚Sportliche Großveranstaltungen‘ nicht intern ausgeschrieben, sondern inseriert. Die Bewerbung eines FDP-Fraktionsmitarbeiters sei dabei eine ‚abstrakte Überlegung‘. Kompetente Bewerber aus der Landesverwaltung hätte es sicherlich genug gegeben: Die Referatsleiterstelle wird mit 5.800 Euro brutto vergütet.

## **Staatssekretär Palmen muss sich entschuldigen**

In der Auseinandersetzung um das Kinderbildungsgesetz wirft Staatssekretär Palmen dem Kolping-Kindergarten in Kalkar in

**Betreff:**

**Von:**

**Datum:** Fri, 12 Oct 2007 12:28:43 +0200

**An:** kolping

Sehr geehrter Herr

Eine Antwort werden Sie erst erhalten, wenn sich die CDU-Landtagsfraktion am 15./16.10.2007 in ihrer Klausurtagung in Bonn abschließend entschieden hat und dann gemeinsam mit dem Koalitionspartner eine Lösung gefunden hat. Ihr Schreiben vom 04.10.2007 ist im übrigen eine Zumutung. Was haben Sie eigentlich seit 1971 - dem ersten KiGA-Gesetz gemacht, außer die Hand aufzuhalten? Wollen Sie ein Gesetz für die Kinder oder für Ihren Job und den der Kindergärtnerinnen?

Herzlichen Gruß

Ihr Manfred Palmen

I

Innenministerium NRW

- Vorzimmer Parl. StS Palmen -

Haroldstr. 5

40213 Düsseldorf

Tel. 0211/

Fax 0211/

E-mail:

einer E-Mail vor ‚Was haben Sie eigentlich seit 1971 - dem ersten KiGA-Gesetz gemacht, außer die Hand aufzuhalten? Wollen Sie ein Gesetz für die Kinder oder für Ihren Job und den der Kindergärtnerinnen?‘. Die Empörung ist groß und der Staatssekretär muss sich persönlich beim Kolping-Kindergarten entschuldigen.

## Erste Abstimmungsniederlage für Schwarz-Gelb

Kurz nachdem die Verabschiedung des Kinderbildungsgesetzes als „Anfang vom Ende der schwarz-gelben Landesregierung“ bezeichnet wurde, beschlossen die Oppositionsfraktionen von SPD und Grünen einen Eilantrag im Düsseldorfer Landtag. Weil die Regierungsfaktionen von CDU und FDP nicht mit voller Abgeordnetenzahl im Plenarsaal anwesend waren, votierte eine rot-grüne Mehrheit für einen Antrag zur Einrichtung eines Klimaforschungsinstituts in Nordrhein-Westfalen.





## Impressum

Herausgeberin:  
SPD-Landtagsfraktion NRW  
Pressestelle  
Platz des Landtags 1  
40221 Düsseldorf  
Telefon: 0211-8842613  
Telefax: 0211-8842042  
[spd-fraktion@landtag.nrw.de](mailto:spd-fraktion@landtag.nrw.de)  
[www.spd-fraktion.landtag.nrw.de](http://www.spd-fraktion.landtag.nrw.de)

V.i.S.d.P.:  
Thomas Breustedt

Herstellung und Produktion:  
E3D45

Fotonachweis:  
dpa Bildarchiv

Diese Veröffentlichung der SPD-Landtagsfraktion dient ausschließlich der Information. Sie darf nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden.